

Beschluss des Landrats vom 26.09.2019

Nr. 135

27. Kinderbetreuung für Kinder von Landrats-Mitgliedern am Landratstag 2019/245; Protokoll: pw, mko

Landratspräsident **Peter Riebli** (SVP) erklärt, der Regierungsrat lehne das Postulat ab.

Klaus Kirchmayr (Grüne) führt aus, der Vorstoss sei unter dem Eindruck entstanden, dass es für junge Eltern in der Realität schwierig sei, ein Landratsmandat anzunehmen. Es bedarf extremer organisatorischer «Krämpfe». In dem Sinn handelt es sich um eine Benachteiligung einer Generation von jungen Eltern bei der Wahrnehmung einer Aufgabe im Landrat. Wobei der Landrat ein Gremium ist, in dem viele Entscheide gefällt werden, die junge Eltern betreffen. In der Grüne/EVP-Fraktion gibt es drei solcher Fälle und auch in den anderen Fraktionen wird es entsprechende Situationen geben. Das Elternsein sollte kein Hinderungsgrund sein, um im Landrat politisch tätig zu sein.

Zur Forderung des Postulats nach einem bedarfsgerechten Betreuungsangebot: Damit ist kein expliziter Landrats-Kinderhort gemeint, sondern ein massgeschneidertes Betreuungsangebot für betroffene Eltern. Dies kann beispielsweise in Form eines Beitrags an die von den Eltern bereits genutzten Betreuungsangebote erfolgen. Jede Landrätin jeder Landrat vertritt 3'000 Bürgerinnen und Bürger dieses Kantons. Deshalb ist es auch etwas anderes als bei einem einfachen Mitarbeiter. Es geht um Repräsentation und auch um die Repräsentation einer Bevölkerungsgruppe, die leider angesichts der vielen Entscheide von grosser Tragweite im Landrat untervertreten ist.

Stephan Burgunder (FDP) fühlt sich als Vater von drei Kindern im Alter von 0 und 4 Jahren angesprochen. Es ist eine riesige Herausforderung, alles – Kinder, Beruf, Gemeindefräsidium, Landrat – unter einen Hut zu bringen. Die Vereinbarkeit zwischen Beruf und Familie muss verbessert werden, damit ist der Redner einverstanden, dies jedoch bitte mit einem Gesamtkonzept und nicht wegen fünf Personen und 20 Landratssitzungen jährlich. Für eine freie Wahl des Familienmodells und der Kinderbetreuung braucht es entsprechende Rahmenbedingungen. An diesen Rahmenbedingungen soll gearbeitet werden und nicht an denen der jährlich 20 Landratssitzungen. Die FDP-Fraktion lehnt den Vorstoss ab.

Hanspeter Weibel (SVP) ist etwas irritiert. Der Vorstoss ist ein Postulat, das heisst Prüfen und Berichten, was der Regierungsrat in der Antwort bereits sehr ausführlich gemacht hat. Sogar Links sind in der Antwort enthalten, wo es überall solche Betreuungsmöglichkeiten gibt. Des Weiteren ist das Postulat sehr inkonsequent. Weshalb sollte es nur am Landratstag und nicht auch während der Kommissionsitzungen ein Betreuungsangebot geben? Die SVP-Fraktion lehnt die Überweisung des Postulats ab.

Ermando Imondi (SVP) hat sich beim Lesen des Postulats wie im falschen Film gefühlt. Der Redner hat selber drei Kinder und hat sich mit der Familie immer organisiert. Bevor man sich als Gemeinderat oder Landrat zu Wahl aufstellen lässt, muss man im Vorfeld Abklärungen treffen, ob der Zeitaufwand bei einer Wahl bewerkstelligt werden kann. Wenn nicht, muss man sich organisieren und schauen, ob es jemanden gibt, der zu den Kindern schauen kann. Als RAV-Leiter findet es der Redner nicht fair, dass Mütter, die sich beim RAV anmelden, unterschreiben müssen, dass eine Kinderbetreuung gewährleistet ist. Können Mütter dies nicht, wird ihnen die Vermittelbarkeit abgesprochen. Wenn man sich für ein Mandat oder auch beruflich engagieren möchte, dann muss man sich organisieren.

Es sei ein ziemlich emotionales Thema, bringt **Regula Steinemann** (glp) ein, und einige aus der CVP/glp-Fraktion seien selber von der Problematik betroffen. Die Idee ist originell, zumal der Kanton eine gewisse Vorbildfunktion hat, die er auch wahrnehmen und mit gutem Beispiel vorangehen soll. Aber so wie das Postulat jetzt auf dem Tisch liegt, handelt es sich um eine Exklusivität und eine Privilegierung einzelner. Wenn schon, müsste man dies für alle Mitarbeitenden der Landeskantzelei und der gesamten Kantonsverwaltung geprüft werden. Aus diesem Grund wird die Mehrheit der CVP/glp-Fraktion das Postulat ablehnen.

Lucia Mikeler (SP) sagt, dass auch die SP-Fraktion das Postulat ablehne. Sie hat zwar dafür eine gewisse Sympathie. Ähnlich wie die Vorrednerin sieht sie darin jedoch auch eine Privilegierung, die sie nicht unterstützen kann. Es müsste ja dann für alle Mitglieder des Landrats die gleiche Regelung gelten. Zudem besteht bereits ein grosses Betreuungsangebot im Kanton, auf das man zurückgreifen könnte – vor allem in Liestal. Schwierig abzuschätzen ist auch der Bedarf an Plätzen, und wie sich die Leistungsanbieter zu derart kurzen und eventuell unregelmässigen Betreuungen von Kindern stellen würden. Dies könnte pädagogisch eine Herausforderung sein und nicht unbedingt dem Bedürfnis der Kinder entsprechen.

://: Mit 60:13 Stimmen bei 5 Enthaltungen wird das Postulat abgelehnt.
